

Der Vollzugsdienst

1/2013 - 60. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Vollzugskooperation
von Sachsen und Thüringen –
der Stein der Weisen?**

Negative Auswirkungen der Föderalis-
musreform deutlich sichtbar

Seite 2

**Öffentlicher Dienst ist
idealer Mediator zwischen
Bürgern und Politik**

54. dbb Jahrestagung am
7. Januar 2013 in Köln

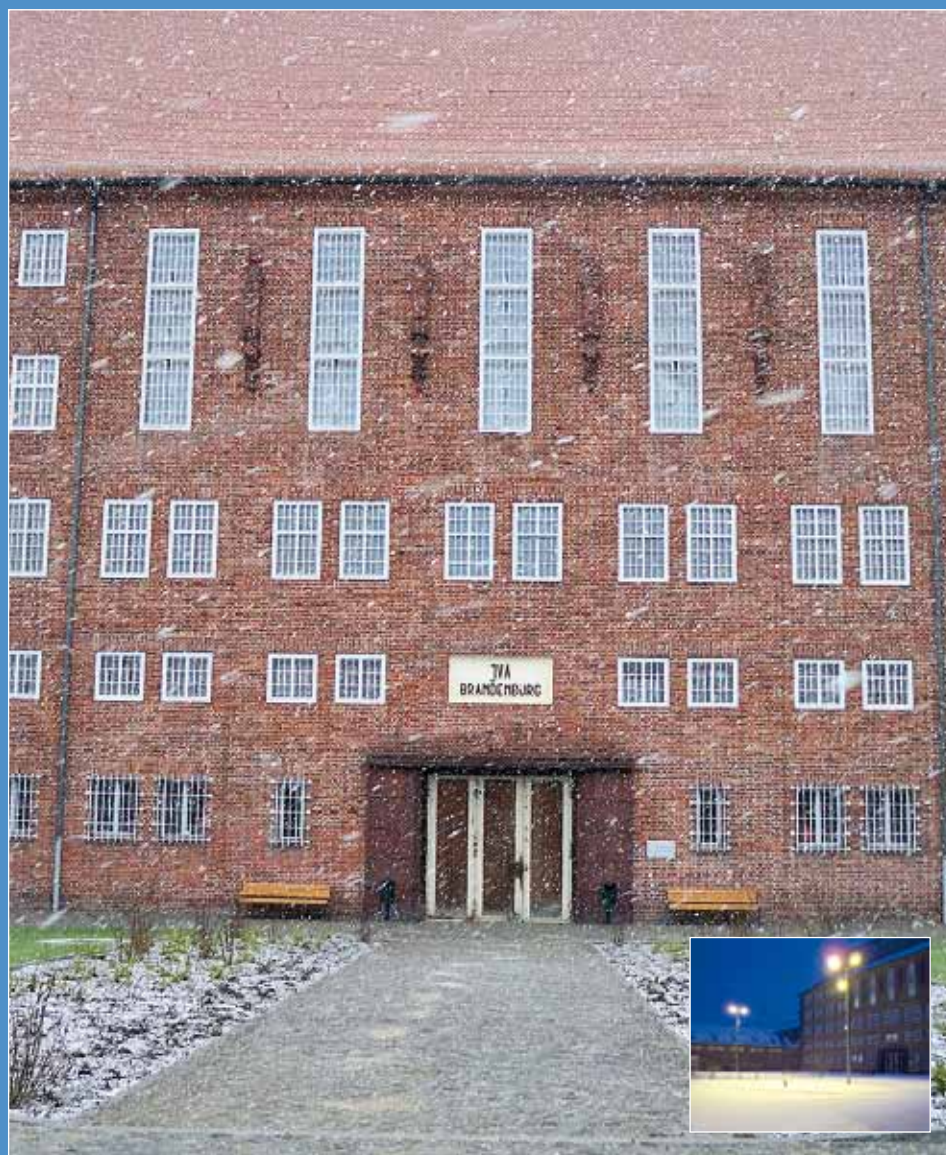
Seite 27

**Tarifrunde 2013:
Harte Verhandlungen
zeichnen sich ab**

Arbeitgeber legen kein konkretes
Verhandlungsangebot auf den Tisch

Seite 52

Schneegestöber im Februar



Bayern Seite 25



Niedersachsen Seite 50



Sachsen Seite 72

Fachteil: Krankenpflegedienst – quo vadis?

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Teilprivatisierung vollzuglicher Aufgaben jetzt beenden
- 2 Vollzugskooperation von Sachsen und Thüringen – der Stein der Weisen?
- 4 Überstunden/Mehrarbeit – wo liegt der Unterschied?
- 5 Die Rolle der Frau im Justizvollzug muss weiter gestärkt werden
- 6 Mit Volldampf in die Einkommensrunde 2013

LANDESVERBÄNDE


- 7 Baden-Württemberg
- 25 Bayern
- 26 Berlin
- 30 Brandenburg
- 33 Bremen
- 36 Hamburg
- 41 Hessen
- 46 Mecklenburg-Vorpommern
- 50 Niedersachsen
- 52 Nordrhein-Westfalen
- 67 Rheinland-Pfalz
- 71 Saarland
- 72 Sachsen
- 75 Sachsen-Anhalt
- 79 Schleswig-Holstein
- 81 Thüringen

FACHTEIL

- 86 Krankenpflagedienst - quo vadis?
- 88 Bundesverwaltungsgericht

Redaktionsschluss für die Ausgabe 2/2013:
15. März 2013



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundeschvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundeschvorsitzende	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundeschvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundeschvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundeschvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@bsbd.de vollzugsdienst.neumann@aol.com
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodmann@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Anton Bachl	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Willi Köbke	willikoebke@versanet.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegeßer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Helmut Halwachs	helmut.halwachs@jva-buetzow.mv-justiz.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	markuswollscheid@t-online.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Gerd Schulz	g.schulz@bsbd-thueringen.de www.thueringen.de

Damit sich weiterhin was bewegt! Deshalb am 6. März 2013 **BSBD** wählen!



Gruppe der Beamte

1. Winfried Conrad	Landesvorsitzender
2. Michael Becker	JVA Wittlich
3. Axel Schaumburger	JVA Zweibrücken
4. Volker Mottausch	JVA Rohrbach
5. Markus Stahl	JVA Diez
6. Michael Schäfer	JVA Frankenthal
7. Harald Kuhn	JSA Schifferstadt
8. Michael Bach	JVA Koblenz
9. Yves Stuppy	JVA Trier
10. Bruno Vogt	JSA Wittlich

11. Ulrike Vogelgesang	JVA Zweibrücken
12. Claudia Batzler	JVA Ludwigshafen
13. Stefan Wagner	JVA Wittlich
14. Mark Schallmo	JVA Rohrbach
15. Rene Stövesand	JVA Frankenthal
16. Konstantinos Togrouzidis	JVA Diez
17. Carolin Varghese	JSA Schifferstadt
18. Robert Grunnagel	JVA Zweibrücken

Tarifbeschäftigte

Monika Birlenbach	JVA Diez
-------------------	----------

Mehr Zufriedenheit am Arbeitsplatz als Ziel

BSBD-Arbeitsgruppe im Gespräch mit Heiko Sippel, SPD

Zu einem Gespräch mit Heiko Sippel, MdL (SPD), trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Konzepte zur Mitarbeiterführung“ in Alzey.

Zielsetzung des Konzepts im Berufsalltag ist, unter den Kolleginnen und Kollegen mehr Zufriedenheit am Arbeitsplatz zu erreichen, die Berufe im Strafvollzug attraktiver zu machen und die Krankenstände wenn möglich zu senken.

Mit der wichtigste Punkt in allen Bereichen ist die „Wertschätzung“, die der Arbeitgeber seinen Mitarbeitern zukommen lässt.

Anhand von Beispielen aus der Praxis brachten die Teilnehmer dem Abgeordneten die Ausarbeitung näher.

Heiko Sippel zeigte reges Interesse. Nach Möglichkeit soll dieses Konzept auch der Strafvollzugskommission vorgebracht werden. *M.B.*



Landtagsabgeordneter Heiko Sippel (links im Bild) im Gespräch mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Konzepte zur Mitarbeiterführung“.

Foto: BSBD Rheinland-Pfalz

20 Millionen Euro für Neubau

Richtfest in der JVA Diez

„Auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Diez investiert das Land Rheinland-Pfalz eine Summe von rund 20 Millionen Euro in den Neubau eines Gebäudes für den Vollzug der Sicherungsverwahrung“, so Justizminister Jochen Hartloff anlässlich des Richtfestes.

Der Neubau war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom Mai 2011 die bisher in durchweg allen Bundesländern gängige Praxis, die Sicherungsverwahrung in Haftgebäuden der Strafanstalten im Ergebnis nahezu gemeinsam mit dem Vollzug von Freiheitsstrafen zu vollstrecken, für verfassungswidrig erklärt hat.

Nach den vom Bundesverfassungsgericht neu formulierten Anforderungen muss sich die rechtliche Ausgestaltung der Sicherungsverwahrung und ihr Vollzug deutlich vom Vollzug einer Freiheitsstrafe unterscheiden.

„Für die Unterbringung von sicherungsverwahrten Personen fordert dieses ‚Trennungsgebot‘ einen deutlichen Abstand zum regulären Strafvollzug durch

die Unterbringung in besonderen Gebäuden oder Abteilungen. Die Gegebenheiten innerhalb der Einrichtung müssen therapeutischen Erfordernissen entsprechen und ausreichend Besuchsmöglichkeiten zur Aufrechterhaltung familiärer und sozialer Außenkontakte bereit halten. Der Neubau wird allen Anforderungen gerecht werden. Ich möchte an dieser Stelle allen Beteiligten für die schnelle, kompetente und effiziente Zusammenarbeit danken“, so der Minister. „Ich gehe davon aus, dass wir in Rheinland-Pfalz die Vorgaben des Bundesver-



Justizminister Jochen Hartloff.

fassungsgerichts innerhalb der gesetzten Frist bis zum 1. Juni 2013 erfüllen werden.“

„Das Gebäude wird eine Nutzfläche von 3.378 qm umfassen und Platz für 60 Sicherungsverwahrte aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland sowie für Büros und Gemeinschaftsräume bieten“, sagte **Salvatore Barbaro**, Staatssekretär im für Bau zuständigen Finanzministerium. **Barbaro** wies in seinem

Grußwort auf die bemerkenswert kurze Planungs- und Bauzeit hin. „Zwei Jahre von der Idee bis zur Fertigstellung, das ist ungewöhnlich.“

Hauptversammlung des OV Rohrbach

Langjährige Mitglieder geehrt

Die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Rohrbach fand am **13. Dezember 2012** im Nebenraum der Gaststätte Da Noi in Wöllstein statt. Der Vorsitzende **Mark Schallmo** konnte zahlreiche Mitglieder sowie den **1. Vorsitzenden des Landesvorstandes Winfried Conrad** begrüßen.

Der Vorsitzende informierte über die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr und hielt eine flammende Rede in Bezug auf das bevorstehende Wahljahr 2013. Er appellierte an alle, dass wir uns vom **BSBD** vor niemanden zu verstecken brauchen. Im Gegenteil er will die gute begonnene Arbeit noch weiter verbessern und auch



nach der hoffentlich erfolgreichen Personalratswahl fortführen. Der Ortsverband Rohrbach ist immer noch der drittgrößte Ortsverband in Rheinland-Pfalz.

Kollege **Conrad** informierte ausführlich über neues aus der Landesvorstandsarbeit. Der Jahresbericht wurde vom Vorsitzenden vorgetragen, der Kassenbericht vom Schatzmeister **Volker Mottausch**. Die Kassenprüfer bescheinigten dem Vorstand eine einwandfreie Kassenführung. Die Vorschlagliste der Kandidaten für die Personalratswahlen im Jahr 2013 wurde mit großer Mehrheit verabschiedet. Der Ortsverband Rohrbach wird sehr gut aufgestellt sein.

Wir gratulierten:

- **Heinrich Klingel** und **Walter Malguth** zur **50-jährigen** Mitgliedschaft.
 - **Gunter Herweck** zur **35-jährigen** Mitgliedschaft.
- Für **10-jährige** Mitgliedschaft im **BSBD** den Kolleginnen und Kollegen:
- **Dirk Lindenberger, Frank Ulrich, Nicole Schaaf, Mark Schallmo, Daniela Hüniglerle** und **Florian Wagner**.

Der Justizvollzugsbeamte als Mensch

Teil 16

Jetzt komme ich doch schon eine ganze Zeit mit meiner maßgeschneiderten Uniform nach Hause, heute jedoch ohne den Knopf vom Hosenbund. Er sprang einfach ab, ohne Ankündigung oder dergleichen, und machte sich auf und davon. Ich wüsste auch nicht zu sagen, in welchem Augenblick das passierte, ich erinnere mich nur, irgendwann fühlte ich mich nicht mehr so eingeeengt um die Hüften herum, spürte so etwas wie die zweite Lunge und hatte das Gefühl, einem nimmermüden Rausch verfallen zu sein, Türen auf- und zuzuschließen. Sicher, es gab Vorwarnungen. Wilhelmine, meine Frau, deutete es kurz nach Silvester an, dass ich zugenommen hätte. Papperlapapp, Frauen und ihre Sehschärfe. Ich gab nichts darauf. Die Höhepunkte der Karnevalssession standen zu dieser Zeit an.

Ich kam auf den Karnevalsveranstaltungen als fülliger gestandener Cop beim närrischen Volk sehr gut an. Natürlich hatte Wilhelmine für mein närrisches Treiben das rheinland-pfälzische Wappenemblem abgetrennt, es sollten doch alle vermuten, die blaue Cop-Uniform stammte aus einem Karnevalsdiscouter, dort besorgte ich mir lediglich die Cop-Mütze. Um die Hüfte schnallte ich noch so einen Alkoholpopgürtel, das Handy ließ ich zuhause, ich wusste ja nie, wann so ein Gefangener im Krankenhaus bewacht werden möchte. So als Cop blieb man besser inkognito.

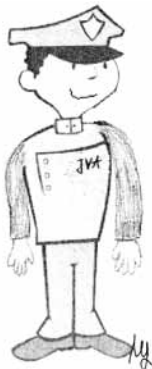
Ich war ein beliebter Karnevals-Cop, wenigstens so lange, wie mein Gürtel gefüllt war, danach wandten sich die

Narren dem nächsten Alkoholpopgürtel zu, fanden aber keinen Cop mehr - so groß ist meine Heimatgemeinde nun auch wieder nicht - stattdessen fanden sie eine Menge Prinzen.

Als ich den Hering gegessen und Wilhelmine das Emblem wieder angenäht hatte, bereitete mir die Maßen der Uniformhose ein endgültiges erdrückendes Unwohlseinsgefühl in der Leibmitte. Wilhelmines Ratschlag, wenigstens an den veranstaltungsfreien Tagen in der Session ins Fitnessstudio zu gehen, hatte ich ja in den Wind geschlagen, und so entschloss sich der wichtigste

Knopf an der Hose nach drei Tagen Quälerei vom Bund abzuspringen. Da ich nicht wusste, wo und wann genau er seine Tat vollzog, und die Suche nach ihm zwecklos erschien, schnallte ich den Gürtel enger und tat so, als sei nichts geschehen.

Nach Dienstschluss kramte Wilhelmine sofort im Nähkästchen, dem wertvollsten Erbstück ihrer Mutter, und fand einen Knopf, der dem abhanden gekommenen ähnelte. Ich erlaubte mir keine Meinung über Wilhelmines Überzeugung, den richtigen Knopf gefunden zu haben, ich erlaubte mir lediglich die Kritik, dass man bei der Anprobe wohl überhaupt nicht bedacht hatte, dass sich auch ein Justizvollzugsbeamter während der Session, in die auch der Jahreswechsel fällt, körperlich so verändern kann, dass die Maße nicht mehr stimmen. Ich bat Wilhelmine den Hosenbund ein wenig zu erweitern. Maßgeschneiderte Uniformen - so ein Quatsch. *Euer Valentin Wächter*



Trierischer Volksfreund vom 10. Januar 2013

Sex im Gefängnis – Justizbeamter vom Dienst suspendiert

BSBD Rheinland-Pfalz zeigte sich erleichtert über die Entscheidung des Trierer Gerichts

Im Gefängnis Rohrbach hat ein Justizvollzugsbeamter bei offener Zellentür Sex mit einer Insassin gehabt. Ein massives Dienstvergehen, sagt das Land und suspendiert den Mann vorläufig vom Dienst. Recht so, urteilt ein Trierer Gericht. Und seine Kollegen atmen auf.

Weil er Sex mit einer Gefängnis-Insassin hatte, ist ein 36-jähriger Justizvollzugsbeamter vorläufig vom Dienst suspendiert worden. Zudem kürzt ihm das Land Rheinland-Pfalz seine monatlichen Bezüge um 20 Prozent. Wie das Verwaltungsgericht Trier am Donnerstag mitteilte, hat die Kammer diese Entscheidung nun bestätigt. Mit dem Geschlechtsverkehr bei offener Zellentür habe der Mann „in gravierender Form gegen seine Dienstpflichten verstoßen“, hieß es zur Begründung (Az.: 3 L 1564/12.TR).

Eine Mitgefängene hatte den Sex im Dezember 2010 in der Justizvollzugsanstalt Rohrbach beobachtet und der Anstaltsleitung gemeldet. Der Vorfall löste Unruhe im Gefängnis aus und führte zu Anfeindungen der Insassen untereinander. Das Gericht erklärte, ein Justizvollzugsbeamter habe sich Strafgefangenen gegenüber zurückzuhalten. Solche intimen Beziehungen führten zu „Aufmerksamkeitseinbußen bei der Bewachung der Gefangenen“. Zudem mache sich der Beamte damit erpressbar, hieß es. Der **BSBD Rheinland-Pfalz** zeigte sich erleichtert über die Entschei-

dung des Trierer Gerichts. „Der Kollege hat ein massives Dienstvergehen begangen und den Kollegen geschadet, die eine ordentlichen Dienst leisten“, sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft in Rheinland-Pfalz, **Winfried Conrad**, in Lahnstein der **dpa**. Es handele sich um einen Einzelfall. „Ich habe so etwas in meinen 34 Jahren Strafvollzug noch nie erlebt“, sagte er. Es könne zwar passieren, dass man sich als Justizvollzugsbeamter auch in eine Strafgefängene verliebt, sagte **Conrad**. Dann sollte man sich aber gegenüber seinen Kollegen offenbaren und Konsequenzen ziehen. Der Sex des 36-jährigen bei offener Tür habe jedoch auch bei den Bediensteten großes Entsetzen und Ärger ausgelöst, berichtete **Conrad**, der in der Justizvollzugsanstalt Koblenz arbeitet. „So ein Mann gehört nicht in den Vollzug.“ Sich als Vollzugsbeamter mit einem Insassen einzulassen, bringe auch Gefahren, sagte **Conrad**.

Wie ein Fall aus dem Jahr 2000 in Trier zeige: Da war ein verurteilter Mörder ausgebrochen, nachdem eine Gefängniswärterin ihm aus Liebe zur Flucht verholfen hatte. Sie hatte unter anderem

einen Revolver ins Gefängnis geschmuggelt und die Waffe dem Mann bei einem Hofgang übergeben. Die Wärterin wurde später wegen Fluchthilfe zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Der Flüchtling ging der Polizei gut ein Jahr nach seinem Ausbruch in seinem Heimatland Montenegro ins Netz.

Laut Gericht ist es wahrscheinlich, dass der Beamte in einem Disziplinarverfahren ganz aus dem Dienst entfernt werde. Es sei das erste Verfahren dieser Art in Rheinland-Pfalz, teilte das Justizministerium in Mainz mit. Der 36-Jährige war zuvor wegen der sexuellen Handlungen an der Strafgefangenen zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Mit der Entscheidung des Trierer Verwaltungsgerichts wurde der Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz des Beamten abgelehnt. Eine Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz ist noch möglich.

Anmerkung:

Die im Artikel verwendeten Begriffe „Gefängniswärterin und Wärterin“ wurden seitens des Landesverbandes gegenüber dem **Trierischen Volksfreund** bemängelt. Es wurde darauf hingewiesen, zukünftig doch die korrekten Berufsbezeichnungen Justizvollzugsbeamtinnen und Justizvollzugsbeamte zu verwenden.

Neues aus der dbb-Landesleitung

Personal verdient mehr Würdigung der erbrachten Leistungen!

„Ohne gutes Personal ist kein Staat zu machen!“

Die Landesleitung des **dbb Rheinland-Pfalz** hielt sich vom 6. bis 8. Januar 2013 in Köln auf, zur Teilnahme an der **dbb-Jahrestagung**. Vor allem die bevorstehende Tarifrunde im ö.D. der Länder stand immer wieder im Focus der Redner. Die zu erwartende Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung der Länder wird fast überall als selbstverständlich vorausgesetzt. Lediglich Rheinland-Pfalz, das sich unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Kurt Beck auf die 5 x 1% Regelung für Landesbeamte bereits im Vorfeld festgelegt hat, bildet hier eine Ausnahme.

Die unmissverständliche Aufforderung des **dbb-Vorsitzenden Klaus Dauderstädt**, dass der **Deutsche Beamtenbund (dbb)** die vollinhaltliche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamte auch in Rheinland-Pfalz erwartet und einfordern wird, war eindeutig und an die Adresse von Ministerpräsidentin **Dreyer** gerichtet.

Der **dbb-rheinland-pfalz** wird diese Forderung bei dem demnächst erwarteten Gesprächstermin mit der „frischge-

backenen“ Ministerpräsidentin klar und deutlich formulieren.

Mit begleitenden Protestveranstaltungen, wie beispielsweise am 25. Januar in Mainz, wird die breite Öffentlichkeit medienwirksam auf die desolante Entwicklung der Gehälter und der Besoldung im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz aufmerksam gemacht.

Wir fordern eindeutig die wirtschaftliche Teilhabe der Beamtinnen und Beamten, die oft genug ihre Gesundheit

und Leben aufs Spiel setzen, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten und es mehr als verdient haben, nach nunmehr über 60 Einzelkürzungsmaßnahmen innerhalb von 17 Jahren, endlich auch an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung zu partizipieren.

Dabei wird nicht übersehen, wo der Staat sein Geld ausgibt, bzw. wo er spart. Die 3,5 Millionen Euro, die lt. Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Landesregierung pro Jahr im Justizhaushalt eingespart werden sollen, werden nun



Axel Schaumburger.

Foto: BSBD Rheinland-Pfalz

zum größten Teil im Bereich des Justizvollzuges erbracht, vorrangig durch die Einsparung von vorläufig 50 Planstellen und den 34 Bediensteten, die aus dem vorhandenen Personalbestand für die Sicherungsverwahrung in Diez erbracht werden müssen, um die zusätzlichen Aufgaben zu erfüllen.

Da die OLG Fusion in Rheinland-Pfalz gescheitert ist und kein Verwaltungsgericht geschlossen wird, greift man in die Truhe des Justizvollzuges, gerade dort, wo die Bediensteten unter der jahrzehntelangen geballten Einwirkung der kriminellen Energie der Delinquenten zu leiden haben und dies durch hohe Krankenstände in den Justizvollzugsanstalten mehr als deutlich wird.

Eine Vorgehensweise, die ungläubiges Kopfschütteln auslöst, gerade vor dem Hintergrund des sehr personalintensiven Gesetzentwurfes für das neue Landes

Strafvollzugsgesetz. Jedenfalls wir der **dbb** keine Gelegenheit auslassen, auf die negativen finanziellen Folgen für den Landeshaushalt hinzuweisen, wenn man die Arbeitspflicht für Strafgefangene abschafft und mittelfristig sehenden Auges auf hohe Einnahmen der Arbeitsverwaltungen verzichten muss, genauso wie auf die Einsparungen aus der Gefangenearbeit für den eigenen Staat.

Einnahmen sind unverzichtbar

Wenn künftig viele wesentlich kostenintensivere Leistungen von Dritten erbracht werden müssten, weil nicht mehr genügend freiwillige Gefangenearbeitskräfte zur Verfügung stehen oder arbeitswillige Gefangen während der Arbeitszeit an (sodann) vorrangigen Behandlungsmaßnahmen teilnehmen, käme dies einer Teilprivatisierung im Vollzug gleich. In Zeiten in denen man

vorgibt vor allem beim Personal sparen zu müssen, kann man nicht auf Einnahmen verzichten, sondern muss diese, wie es andere Bundesländer (auch das rot-grüne NRW) ausbauen, um die Ausgabenschwerpunkte und Akzente im Bereich des Personals, um welches uns das Ausland beneidet, setzen zu können, welches endlich mehr Aufmerksamkeit und Würdigung der erbrachten Leistungen verdient.

Die ungünstige demographische Entwicklung, der man bei der Personalgewinnung im öffentlichen Dienst bereits jetzt entgegensteuern müsste, wird ein Umdenken bei der Politik erfordern. Hoffentlich nicht zu spät! Denn: **Ohne gutes Personal ist kein Staat zu machen!**

*Axel Schaumburger
Stv. Landesvorsitzender des
dbb-rheinland-pfalz*

Winfried Conrad: „JVA-Bedienstete ordentlich bezahlen“

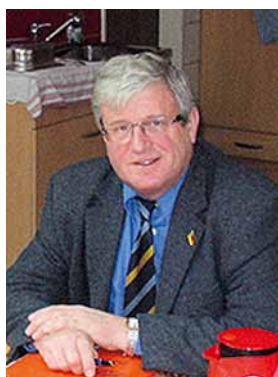
Der BSBD Landesvorsitzende fordert „ein Ende der Kürzungsorgien“

Bei der Jahreshauptversammlung des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)-Ortsverband Zweibrücken – im Gewölbekeller der Justizvollzugsanstalt stellten sich Justiz-Staatssekretärin Beate Reich und der Landtagsabgeordnete Fritz Presl den Fragen der JVA-Beschäftigten.

„Die Zweibrücker Vollzugsbediensteten haben die Schnauze voll und fordern Gerechtigkeit, auch bei der Bezahlung“, brachte es BSBD Ortsverbandsvorsitzender **Robert Grünngel** auf den Punkt.

„Besoldungseinbußen, Personalabbau, Verschlechterungen bei der Versorgung und bei Krankheit sowie ein neuer Gesetzentwurf treiben vielen die Sorgenfalten auf die Stirn“, so **Grünngel**. Hin-

zu komme der geplante Wegfall der Arbeitspflicht für Strafgefangene und somit auch der Wegfall der Einnahmen aus der Gefangenearbeit, die den Steuerzahler entlasteten.



BSBD-Landesvorsitzender Winfried Conrad.

Zudem falle der bald anstehende Wechsel der Anstaltsleitung mitten in diese sehr unruhige Zeit.

„Bis zu 30 Prozent Einkommensrückstand der Zweibrücker Justizvollzugsbediensteten gegenüber der allgemeinen Einkommensentwicklung in den letzten 15 Jahren sind nicht mehr zu ertragen“, meinte **Axel Schaumburger**, stellvertretender Landesvorsitzender des Deutschen Beamtenbunds Rheinland-Pfalz (dbb).

Landesvorsitzender **Winfried Conrad** forderte „ein Ende der Kürzungsorgien“. Wenn das Land einen gut funktionie-

renden Strafvollzug wolle, dürfe es keine Stellen kürzen und müsse die Justizvollzugsbediensteten ordentlich bezahlen. Eine Annäherung an die Besoldungshöhe der Polizei sei lange überfällig.

Der Ortsverbandsvorsitzende ehrte für langjährige Mitgliedschaft:

50 Jahre:

Klaus Oberer und **Gerd Scharfenberg**.

45 Jahre:

Helmut Hildebrand.

40 Jahre:

Horst Dawo, **Manfred Stock** und **Erich Sutter**.

35 Jahre:

Hans Schwetzka.

25 Jahre:

Stefan Alt, **Konrad Ciba**, **Benno Fuhrmann**, **Reinhold Konrad**, **Michael Tröster** und **Werner Würtz**.

10 Jahre:

Volker Freyer, **Nadine Hnatiw**, **Bernd Jost**, **Andreas Kießling**, **Markus Klimt**, **Marika Rohr**, **Steffen Schäfer** und **Hugo Sefrin**.

(jo)



Der BSBD-Vorsitzende **Robert Grünngel** (rechts) ehrte (von links): **Markus Klimt**, **Konrad Ciba**, **Benno Fuhrmann**, **Stefan Alt**, **Gerd Scharfenberg**, **Helmut Hildebrand**, **Manfred Stock** und **Horst Dawo**.
FOTO: STEINMETZ

Seminare

Inhalt	Termin	Ort
Krankheit als Krise oder Chance?	08. - 09. 4. 2013	Ebernburg Bad Münster am Stein
„Europa wächst zusammen“ Themenland: Polen 2013	20. - 27. 4. 2013	Strafvollzugsschule Turawa/Oppeln